

Protokoll vom 10. August 2004

**Kleine Anfrage 12/2004
betreffend freundnachbarliche Beziehungen**

In einer Kleinen Anfrage vom 24. März 2004 stellt Kantonsrat Charles Gysel verschiedene Fragen im Zusammenhang mit den freundnachbarlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz, insbesondere auch zwischen Baden-Württemberg und Schaffhausen.

Der Regierungsrat

a n t w o r t e t :

1. Der Regierungsrat beurteilt die aktuellen Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz insgesamt als gut. Zwar wurden unser Land und die Grenzkantone in letzter Zeit durch verschiedene Massnahmen von deutscher Seite nicht gerade pfleglich behandelt. Die verschärften Grenzkontrollen und die von der EU geplanten Zölle auf Re-Exporte aus der Schweiz haben die Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland, aber auch der EU belastet. Der Bundesrat hat jedoch richtig reagiert und sich sofort mit der Bundesregierung bzw. den jeweiligen Ministern in Berlin in Verbindung gesetzt. Die entsprechenden Treffen auf höchster Ebene haben in der Zwischenzeit wieder zur Entspannung beigetragen. Gemäss Bundespräsident Joseph Deiss und Bundeskanzler Gerhard Schröder gehören denn auch die Verstimmungen im deutsch-schweizerischen Verhältnis der Vergangenheit an.

Zu keiner Zeit getrübt war und ist aus Sicht des Regierungsrates das Verhältnis des Kantons Schaffhausen zum Land Baden-Württemberg. Die Beziehungen sowohl auf Regierungsebene als auch auf tieferer Stufe sind als ausgezeichnet zu bezeichnen. Die gemeinsame Organisation des Expo-Kantonaltages im Jahr 2001 durch Schaffhausen und Baden-Württemberg belegt ebenfalls, dass diesseits und jenseits der Grenze hervorragend zusammengearbeitet wird. Die Schaffhauser Grenzgemeinden pflegen in der Regel intensive Kontakte zu den angrenzenden Gemeinden jenseits der Grenze. Die gesellschaftlichen und kulturellen, aber auch die politischen Bande sind eng geknüpft.

2. Der Regierungsrat ist wie auch der Bundesrat und der Schweizer Zoll durch die Verstärkung der Grenzkontrollen durch Deutschland überrascht worden. Eine Information ist

praktisch erst mit der Inkraftsetzung der neuen Kontrollmassnahmen auf der Arbeitsebene erfolgt. Der Bundesrat hat sich in der Folge dieser Aufgabe überzeugend und mit Vehemenz angenommen. Die Resultate zeigen, dass sich der Einsatz gelohnt hat. Der Regierungsrat wird die ganze Angelegenheit aber aktiv weiterverfolgen.

3. Der Regierungsrat trifft sich nach Möglichkeit alle 2-3 Jahre mit der Landesregierung von Baden-Württemberg. In den letzten fünf Jahren traf der Schaffhauser Regierungsrat insgesamt dreimal Ministerpräsident Erwin Teufel und Mitglieder seines Kabinetts, zuletzt am 19. April 2004 in Stuttgart. Dabei wurde festgehalten, dass das Land Baden-Württemberg und der Kanton Schaffhausen ihre Partnerschaft in der bilateralen Zusammenarbeit und im Rahmen der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) weiter ausbauen. Dazwischen finden auch Treffen auf Ministeriebene statt. Dabei wird nicht nach einem fixen Konzept vorgegangen. Gegenstand der Gespräche bilden die jeweils aktuellen Themen, in letzter Zeit vor allem Verkehrs- und Umweltfragen. Anlässlich der Zusammenkunft vom 19. April 2004 wurden auch die Themen Pachtlandbewirtschaftung und Lärmsituation Flughafen Zürich-Kloten intensiv besprochen. Die in diesen Arbeitssitzungen gefassten Beschlüsse sind in der Folge der Erledigung zuzuführen. Neben diesen offiziellen Treffen auf Regierungsebene werden jeweils auch die Sitzungen der IBK genutzt, um an den Regierungschefkonferenzen, den IBK-Ausschusssitzungen sowie den Sitzungen der Fachkommissionen aktuelle Themen mit den Vertretern aus Baden-Württemberg zu diskutieren.

Weiter findet in der Regel ein jährliches Treffen mit dem Regierungspräsidium Freiburg statt. Mit den drei angrenzenden Landkreisen Konstanz, Schwarzwald-Baar und Waldshut bestehen regelmässige Kontakte. Einerseits kommt es jährlich zu Treffen zwischen je einem kantonalen Departement und einem Landkreis, andererseits werden im Rahmen der "Randenkommission" 2-3 Arbeitsgespräche pro Jahr zwischen dem Kanton Schaffhausen, vertreten durch den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, und den drei Landkreisen durchgeführt. In dieser Kommission werden verschiedene Fragen aus dem Wirtschafts-, Bildungs- und Kulturbereich bearbeitet.

4. Beim Treffen vom 19. April 2004 wurden alle aktuellen Themen besprochen. Das reichte von den Grenzkontrollen über das Standortwahlverfahren für die Entsorgung radioaktiver Abfälle in Benken, Fragen der Verkehrsanbindung bis hin zu den zukunftsgerichteten Projekten Grenzüberschreitender Gewerbepark Neuhausen am Rheinfall/Jestetten und Verpackungsinstitut Schaffhausen. Eine nächste Zusammenkunft ist nach den Gesamterneuerungswahlen im Jahr 2005 vorgesehen.

5. Die internationale und interkantonale Zusammenarbeit hat - wie bereits erwähnt - in den vergangenen Jahren markant an Bedeutung gewonnen und wird weiter an Bedeutung zunehmen. Gleichzeitig ist diese Zusammenarbeit einerseits vielfältiger, andererseits aber auch anforderungsreicher geworden. Deshalb wurde mit Genehmigung des Kantonsrates auf Sommer 2003 bei der Staatskanzlei die Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen (KAB) geschaffen. Die KAB versetzt den Regierungsrat und - soweit nötig - die Departemente in die Lage, die Aussenbeziehungen des Kantons Schaffhausen zu den übrigen Kantonen, zum Bund und zu den ausländischen Nachbarn verstärkt wahrzunehmen. Gleichzeitig wird dadurch sichergestellt, dass die internationalen und nationalen Aussenbeziehungen unter sich ebenfalls koordiniert werden. Die KAB ist eine departementsübergreifende Drehscheibe der Aussenbeziehungen. Sie ist Anlauf- und Kontaktstelle für interne und externe Anfragen zur internationalen, nationalen und interkantonalen Zusammenarbeit und begleitet die laufenden Interreg-Projekte. Vor allem aber bearbeitet die KAB Projekte im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, zur Zeit beispielsweise den Grenzüberschreitenden Gewerbepark Neuhausen am Rheinfall/Jestetten sowie das Projekt "Agglomerationspolitik". Unter Ausnutzung von Synergien sollen - gemeinsam mit den angrenzenden Gemeinden im In- und Ausland - neue Zusammenarbeitsformen gefunden werden. Gerade diese Projekte mit verschiedenen Beteiligten, die unterschiedliche Interessen vertreten, sind Beispiele dafür, dass im Bereich der - nationalen und internationalen - grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nicht von heute auf morgen pfannenfertige Lösungen vorliegen können.

6. Der Kantonsrat und die Bevölkerung werden über die Tätigkeiten im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit informiert. Einerseits wird über das Jahr 2004, dem ersten vollen Jahr der KAB, im Rahmen des Verwaltungsberichtes Bericht erstattet werden. Weiter wird im Laufe dieses Jahres auch der Internetauftritt der KAB ausgebaut. Daneben wird bei aktuellen Themen die Bevölkerung selbstverständlich über Medienmitteilungen informiert. Schliesslich hat der Regierungsrat bereits bekannt gegeben, dass das Parlament im Bereich der kantonalen Aussenpolitik in Zukunft vermehrt einbezogen werden soll. Der Regierungsrat wird deshalb im Rahmen der mit der Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung ohnehin durchzuführenden "Parlamentsreform" gezielte Informations- und Konsultationsrechte gegenüber der zuständigen Kommission(en) - seien es die bestehenden Ständigen Kommissionen oder eine neu zu schaffende, ständige Kommission für interkantonale und internationale Zusammenarbeit - vorschlagen. Solange dafür die gesetzlichen Grundlagen nicht geschaffen sind, wird er auf freiwilliger Basis ab sofort die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Kantonsrates

über die wesentlichen Entwicklungen im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit jeweils frühzeitig konsultieren. Dies gilt nicht nur im Bezug auf die Beziehungen zu Baden-Württemberg, sondern auch für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb der Schweiz. Erstmals wird dies bei den künftigen Grundsatzfragen im Zusammenhang mit dem Neuen Finanzausgleich Bund/Kantone (NFA) der Fall sein.

7. Es ist für den Regierungsrat eine Daueraufgabe, die Beziehungen zu unseren Nachbarn zu pflegen, damit sie freundnachbarlich und freundschaftlich bleiben. Aus Sicht der Regierung sind die Beziehungen zum Land Baden-Württemberg, zum Regierungspräsidium Freiburg und zu den angrenzenden Landkreisen Konstanz, Schwarzwald-Baar und Waldshut als sehr gut zu bezeichnen. Von einer Abkühlung des freundnachbarlichen und freundschaftlichen Verhältnisses kann deshalb keine Rede sein.

Schaffhausen, 10. August 2004

DER STAATSSCHREIBER:


Dr. Reto Dubach